

Einführung in die Internationalen Beziehungen - HS2018

Alex Neher

December 18, 2018

Inhalt

1 Definitionen	4
1.1 Politikwissenschaft	4
1.2 Theorie vs. Modell	5
1.3 Hypothese	6
1.4 Politik	6
1.5 Staat	6
2 Internationale Beziehungen	7
3 Realismus und Neo-Realismus	9
3.1 Gefangenendilemma	10
4 Insitutionalismus	11
4.1 Schatten der Zukunft	11
4.2 Realismus vs. Insitutionalismus	12
5 Transnationalismus	12
6 Liberalismus	13
7 Konstruktivismus	14
8 Regime / Internationale Organisationen	18
8.1 Gründe	18
8.2 Staaten < – > Internationale Organisationen	19
8.2.1 Two-Level games vs. Locking-In	19
9 Analyse von politischen Events	20
9.1 Interessen	20
9.2 Interaktionen	20
10 Internationale Politische Ökonomie	20
10.1 Vorteile von internationalem Handel	21
10.2 Absoluter Vorteil vs. Komparativer Vorteil	21
10.3 Heckscher-Ohnlin Theorem	21
10.4 Stolper-Samuelson Theorem	22
10.5 Protektionismus	22

11 Aussenpolitikanalyse	22
11.1 Geschichte	22
11.2 Vergleich verschiedener Akteure	22
11.3 Gründe suboptimaler Entscheidungen	24
11.4 Instrumente der Aussenpolitik	24
12 Krieg	24
12.1 Definition	24
12.2 Arten von Krieg	25
12.3 Warum Krieg?	25
12.3.1 Worüber bekriegen sich Staaten?	25
12.3.2 Weshalb bekriegen sich Staaten?	26
12.3.3 Wie kann Krieg verhindert werden?	27
13 Demokratischer Frieden	27
13.1 Demokratie	27
13.1.1 Erkenntnisse im Kontext des Demokratischen Friedens	27
13.1.2 Gemeinsame Interessen	28
13.2 Innerstaatliche Institutionen	28
13.3 Normen und politische Kultur	28
14 Global Governance	29
14.1 Akteure	29
15 Internationale Umweltpolitik	29
15.1 Unterscheidung von Umweltproblemen	29
15.2 Ozonloch als Beispiel einer Allmendeproblematik	29
15.3 Internationale Organisationen im Bereich des Klimawandels	30

Abbildungsverzeichnis

1.1	Hypothese	6
1.2	Grundstruktur eines Staates	7
3.1	Bipolarität des kalten Krieg	9
3.2	Darstellung des Gefangenendilemmas	10
4.1	Gegenüberstellung von Realismus und Insitutionalismus	12
5.1	Akteure des Transnationalismus	12
5.2	Realismus vs. Transnationalismus	13
6.1	Realismus vs. Liberalismus	14
7.1	Beispiel von internationaler Sozialisation	15
7.2	Gegenüberstellung der einzelnen behandelten Grosstheorien	16
11.1	Verhalten von Rationalen Akteuren	23
11.2	Verhalten von Organisationen	23
11.3	Verhalten von Regierungen	23
12.1	Nicht alle Güter können geteilt werden	27

1 Definitionen

1.1 Politikwissenschaft

Die Definition der Politikwissenschaften hat sich mit der Zeit verändert:

Traditionell: Handlungen des Staates und seiner Organe verstehen

Modern: Breites Verständnis des Politischen aneignen

Heute: Das Zusammenspiel zwischen Staat und Gesellschaft verstehen

Die heutige Politikwissenschaft lässt sich in verschiedene Subkategorien unterteilen:

- Das Politische System
- Politische Theorie
- Vergleichende Politikwissenschaften
- Methodenlehre
- Internationale Beziehungen
- Politisches Verhalten

Man geht davon aus, dass jeder Bürger zumindest ein Grundverständnis der Politik und der politischen Zusammenhänge hat. Der Unterschied zwischen diesem Grundwissen (Allgemeinwissen) und der Politikwissenschaft ist, dass die Politikwissenschaft *auf systematische Art und Weise logisch konsistente, falsifizierbare und gleichzeitig empirisch bestätigte* Aussagen erarbeitet, während es auch als politisches Allgemeinwissen aufgefasst werden kann, wenn man sagt "Hillary Clinton hätte die Präsidentschaftswahl gewonnen, wenn man sich nicht auf die E-Mails konzentriert hätte." Denn diese Aussage ist weder falsifizierbar (man weiss nicht, ob es tatsächlich stimmt) noch ist sie empirisch bestätigt (es gibt keine Referenzwerte, die diese Aussage bestätigen oder eben falsifizieren würden)

Es gibt **vier** Kriterien der politikwissenschaftlichen Forschung:

Inferenz: Schlussfolgerung über den Einzelfall hinaus.

Ein Einzelfall ist nichts wert. Es müssen möglichst viele Beobachtungen präsentiert werden, die diese These unterstützen.

Methodik: Der Unterschied zwischen wissenschaftlichen Aussagen und Meinungen ist, dass bei Meinungen die Methode nicht zwingend nachvollziehbar (oder überhaupt vorhanden) sein muss, während bei wissenschaftlichen Aussagen die verwendete Methodik öffentlich zugänglich und nachvollziehbar sein muss.

Verwandte Methodik: Wissenschaftliche Aussagen sollten wenn immer möglich mit einer bereits verwendeten und 'anerkannten' Methodik durchgeführt werden, was auch die Nachprüfung der Aussage vereinfacht.

Schlussfolgerungen: Schlussfolgerungen sind zwar unsicher, der Grad/das Ausmass der Unsicherheit ist jedoch abschätzbar

Man kann zwar nicht mit Sicherheit sagen, dass der neue Präsident mit exakt 80% Wähleranteil gewählt wird, aber man kann davon ausgehen, dass es $80\% \pm 5\%$ sein wird.

1.2 Theorie vs. Modell

Theorie

“Abstrahierende und verallgemeinernde Betrachtung und Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit”

Modell

“Eine Vereinfachte Darstellung der Wirklichkeit, um wesentliche Dinge besser zu verstehen”

Eine Menge von vereinfachenden Annahmen und daraus ableitbaren Aussagen über einen Zusammenhang

So kann ein Modell z.B. eine Karte sein: Sie zeigt eine vereinfachte Darstellung der Wirklichkeit (Die Welt, vereinfacht in 2D). Ausserdem werden nur die wichtigen Dinge wie z.b. der Bahnhof dargestellt, während unwichtige Dinge weggelassen werden.

Arten von Theorien

Es wird zwischen drei Haupttypen von Theorien unterschieden:

Deskriptiv: *Was ist das Wesentliche eines Phänomens?*

”Was macht die Staatenwelt aus?”

Normativ: *Wie sollte eine ideale Welt aussehen?*

”Hat die NATO das Recht zur Intervention in souveränen Staaten?”

Empirisch-analytisch: *Wie sieht die tatsächliche Welt aus?* - Fokus auf Erklärung politischer Prozesse/Events

”Wieso hat Trump die US-Wahlen gewonnen?”

Theorien bestehen immer aus **vier** Bausteinen:

- Akteure und Dispositionen
- Strukturen und Strukturwirkung
- Prozesse und Interaktionen
- Rückwirkung und Dynamiken

Eine Theorie ist nicht immer zwingend eine *gute* Theorie. Gute Theorien erfüllen folgende Kriterien

Logische Konsistenz Die Theorie sollte sich nicht selbst widersprechen und sollten möglichst wenig Interpretationsspielraum bieten.

Kausale Ketten Mehrere zeitlich aufeinanderfolgende Ereignisse oder Zustände, die in ihrer Kombination einen bestimmten Effekt hervorrufen → Dominokette

Unidirektional Eine gute Theorie funktioniert nur in eine Richtung. Vom Zielzustand lässt sich nicht auf den Anfangszustand schliessen.

Generalisierbar Mit der gleichen Methodik sollten für ähnliche oder gleiche Theorien ähnliche oder gleiche Resultate erzielt werden.

Nicht Tautologisch ”Kräht der Hahn auf dem Mist, so ändert sich das Wetter oder es bleibt wie es ist” → immer wahr → Tautologisch

Empirisch überprüfbar (falsifizierbar) ”Wenn Bush nicht Präsident wäre, wäre nun Frieden im Nahen Osten” → Nicht falsifizierbar

1.3 Hypothese

Eine Hypothese beschreibt den Zusammenhang zwischen mindestens zwei Variablen. Es muss mind. eine unabhängige und eine abhängige Variable geben. Eine Hypothese muss, gleich wie eine Theorie, empirisch falsifizierbar sein. Ebenfalls muss eine empirische Varianz auf der abhängigen und der unabhängigen Variable vorhanden sein.

Eine Hypothese kann man grundsätzlich mit der Formel *Wenn/Je [...] Dann/Desto* aufstellen. (Je reicher ein Staat, desto demokratischer ist es. Wenn ein Staat Meeranschluss hat, dann hat er eine Handelsflotte)

Nebenstehende Abbildung (Abb. 1.1) veranschaulicht das Grundgerüst einer Hypothese.

Am Beispiel von 'Je reicher ein Staat, desto demokratischer ist er':

$$Demokratie_{Staat} = f(Reichtum_{Staat}) \quad (1)$$

Die unabhängige (oder auch erklärende/exogene) Variable ist der Reichtum des Staates und die abhängige (oder auch zu erklärende/endogene) Variable ist die Demokratisierung dieses Staates. Eine Hypothese kann beliebig viele unabhängige/exogene Variablen besitzen/vergleichen.

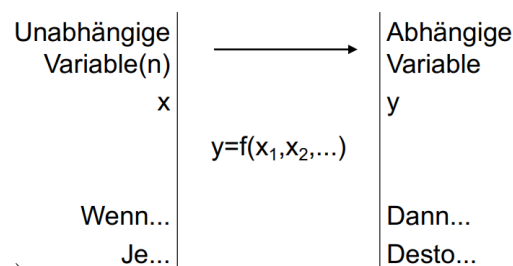


Abb. 1.1: Hypothese

1.4 Politik

Der Begriff 'Politik' ist folgendermassen definiert:

"Soziales Handeln, das auf Entscheidungen und Steuerungsmechanismen ausgerichtet ist, die allgemein verbindlich sind und das Zusammenleben von Menschen regeln."

Die Politik lässt sich grundsätzlich in drei Arten unterteilen. In der Deutschen Sprache werden für alle drei Begriffe dasselbe Wort verwendet, im Englischen kann jedoch unterschieden werden zwischen:

Policy: *Was* - Inhalte der Politik. Regeln, Weisungen

Polity: *Wer* - Die Strukturen und Akteure der Politik. Organisationen, Parteien

Politics: *Wie* - Die Prozesse, wie Regeln, Weisungen etc. entstehen.

1.5 Staat

Ein Staat benötigt laut dem Völkerrecht mind. die folgenden drei Elemente, um als Staat anerkannt zu werden:

Staatsgebiet: Ein Gebiet, über welches der Staat die alleinige Macht hat

Staatsvolk: Ein Volk, welches im Staatsgebiet lebt und unter der Staatsgewalt des Staates ist.

Staatsgewalt: Der Staat hat das Recht, Gesetze zu erlassen und diese durchzusetzen. Er darf Steuern erlassen, um öffentliche Güter bereitzustellen oder Einkommen umzuverteilen. Jedoch muss der Staat die innere und äussere Sicherheit garantieren können.

Die Interessen der Staatsbürger werden meist über sogenannte *Intermediärorgane* gewahrt. Das sind z.B. Parteien, Organisationen o.ä; Kurz gesagt, Polity.



Abb. 1.2: Grundstruktur eines Staates

2 Internationale Beziehungen

Durch das Studium von internationalen Beziehungen versucht man zu verstehen, wie verschiedene Völker miteinander umgehen und miteinander auskommen. Die untersuchten Beziehungen können sowohl von freundschaftlicher, wie aber auch von kriegerischer Natur sein.

Schimmelfennig beschreibt die internationale Politik als “Gesamtheit aller Interaktionen, die auf die autoritative Verteilung von Werten jenseits staatlicher Grenzen gerichtet sind” (Schimmelfennig 2015, p.19). Soll heissen; Alle Bemühungen, eine internationale Gesellschaft aufzubauen, die nach ähnlichen oder den gleichen Werten strebt.

Im Gegensatz zur nationalen Politik, in welcher es eine Regierung in irgendeiner Form (Parlament, König o.ä) gibt, herrscht in der internationalen Politik **Anarchie**. Es gibt **keine zentrale Autorität** im internationalen System. Jegliche Allianzen und Kooperationen die zwischen Staaten existieren sind selbstbestimmt. Sie bleiben nur solange bestehen, wie der stärkere der beiden Staaten einen Gewinn daraus ziehen kann.

Diese Anarchie im internationalen Umfeld stellt die einzelnen Staaten je nach dem vor schwer zu lösende Probleme. Prinzipiell sind es dieselben Probleme, die sie auch staatsintern zu meistern haben, jedoch herrscht dort keine Anarchie (oder sollte zumindest nicht)

Grundsätzlich lassen sich diese Probleme in drei Hauptkategorien unterteilen:

Sicherheit: Es gibt keine zentrale Autorität, die das Gewaltsmonopol hat, wie das in der inneren Politik der Fall ist. Jeder Staat muss selbst für seine Sicherheit sorgen.

Das heisst, entweder findet ein Wettrüsten a la Kalter Krieg statt, oder aber man muss Allianzen eingehen. Diese Allianzen halten aber auch nur so lange, wie der stärkere Allianzpartner etwas davon hat.

Wohlfart: Aufgrund dessen, dass es keine zentrale Autoritätsstelle gibt, sind die internationalen Märkte enorm fragmentiert. Jeder Staat ist auf seinen eigenen Vorteil bedacht. Es werden nationale Währungen herausgegeben, Zölle für Import und Export erhoben und der grenzüberschreitende Warenaustausch wird von beiden Staaten streng überwacht.

All das lässt sich mit einem Wort zusammenfassen: *ineffizient*. Es gibt einen enormen bürokratischen Overhead und treiben die Preise in die Höhe, da die ganze Bürokratie irgendwie finanziert werden müsste.

Im schlimmsten Fall kann dies zu Marktversagen führen. Marktversagen tritt dann auf, wenn Angebot und Nachfrage nicht mehr im Verhältnis stehen und somit zu massiv niedrigeren Preisen verkauft werden muss und somit Verluste eingefahren werden.

Freiheit: Die Bürger und Bürgerinnen eines jeden Staates geniessen gewisse Freiheiten innerhalb ihres Staates (idealerweise Meinungsfreiheit, Freiheit vor Folter, Verfolgung etc.).

Diese Freiheiten sind jedoch an ihren jeweiligen Heimatstaat gebunden.

Diese Freiheiten können sich je nach Herrschaft eines Staates enorm unterscheiden (man denke an die Unterschiede Schweiz vs. Nordkorea). Es müssen also Abmachungen getroffen und Verträge ausgehandelt werden, dass die Bürger aller Staaten in allen anderen Staaten vergleichbare Rechte genießen.

3 Realismus und Neo-Realismus

Der Realismus entstand in den 1930er Jahren als Reaktion auf *das Scheitern des Völkerverbundes* und der *aggressiven und expansiven Politik Japans, Italiens und Deutschlands*.

Das realistische Staatensystem ist anarchistisch und die Nationalstaaten handeln selbstständig, stets mit dem Interesse des eigenen Staates im Hintergrund.

Der Realismus basiert auf drei Hauptaussagen:

- Der Mensch ist zerstörerisch und nicht vertrauenswürdig
- Ein Staat muss Macht besitzen, um sich im anarchischen Staatensystem durchsetzen zu können.
- Der Güterzuwachs eines Staates geht immer zulasten eines anderen Staates → Nullsummenspiel

Kooperationen/Bündnisse werden im Realismus nur sehr selten geschlossen und existiert nur so lange, wie der mächtigste Bündnispartner einen Gewinn daraus zieht. Lohnt sich das Bündnis für die Grossmacht nicht mehr, kündigt sie die Kooperation auf und die schwächere Macht kann nichts dagegen tun. Das Bündnis zerfällt ebenfalls, sobald die Macht der Grossmacht zerfällt.

Internationale Organisationen haben keine Macht per se, sie spiegeln nur die Machtverhältnisse der Mitglieder wieder (Die politische Stossrichtung der Grossmacht/des Hegemons diktiert die politische Stossrichtung der Organisation).

Die Stabilität einer solchen Organisation hängt von der Machtverteilung innerhalb der Organisation:

Unipolar: Eine Grossmacht → Sehr stabil, ausser wenn die Grossmacht herausgefordert wird

Bipolar: Zwei oppositionelle Grossmächte → Stabil, da beide Grossmächte miteinander im Wettkampf stehen (siehe Kalter Krieg Abb. 3.1)

Multipolar: Konstanter Machtkampf → Instabil.

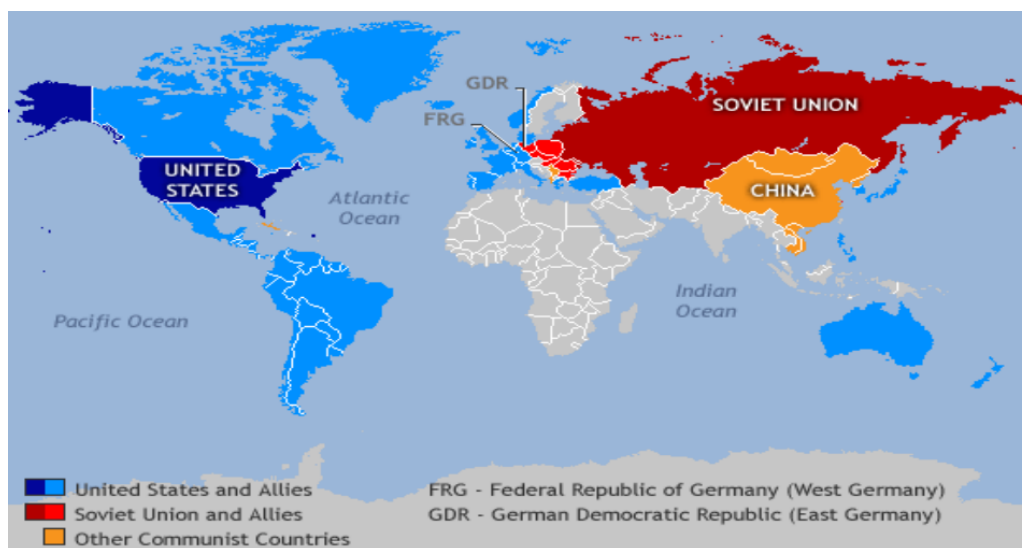


Abb. 3.1: Bipolarität des kalten Krieg

Da das internationale Staatensystem immer noch anarchistisch ist, streben die einzelnen Staaten nach möglichst viel Macht, um sich in dieser Umgebung behaupten zu können. **Macht ist somit das oberste Gut.** Erst wenn der Staat genügend Macht besitzt, um Sicherheit garantieren zu können, kann er sich um weitere Dinge wie z.B. Wohlstand und Freiheit kümmern.

3.1 Gefangenendilemma

	cooperate	defect
cooperate	3,3	1,4
defect	4,1	2,2

Abb. 3.2: Darstellung des Gefangenendilemmas

Viele politische Entscheidungen im Realismus folgen der Denkweise des Gefangenendilemmas. Das Dilemma lautet

Zwei Gefangene werden getrennt verhört. Man hat noch keine Beweise gegen sie in der Hand. Die Gefangenen haben die Möglichkeit zu kooperieren und damit straffrei davonzukommen aber den Partner zu verraten (cooperate) oder aber nicht zu kooperieren (defect) und die Strafe selbst abzusitzen

Das optimale Vorgehen wäre es, wenn niemand kooperieren würde und somit beide 2 Jahre absitzen muss. Jedoch sind Menschen misstrauisch und vertrauen nicht darauf, dass ihr Partner sie nicht verrätet um straffrei davonzukommen (Szenario cooperate/defect oder andersrum). Somit sieht die Realität meist so aus, dass beide kooperieren und somit beide 3 Jahre absitzen müssen.

4 Insitutionalismus

Der heute verbreitetere Insitutionalismus ist der sog. **Neoliberaler (rationalistische) Insitutionalismus**, der auf einer *zivilisierten Anarchie* aufbaut. Das heisst, im internationalen Staatenverbund herrscht zwar immer noch Anarchie, jedoch haltet man sich doch an gewisse Regeln.

Im Gegensatz zum Realismus streben die Staaten im Insitutionalismus nicht nach Macht, sondern nach **Wohlstand**. Das heisst, Staaten arbeiten aktiv miteinander (Kooperation), um zusammen den höchstmöglichen Gewinn zu erwirtschaften. Dies führt zu einer **Interdependenz**, einer gegenseitigen Abhängigkeit.

Auch Hegemone wie die USA oder China sind nicht ausgeschlossen von dieser Interdependenz. Man stelle sich vor, die gesamte Welt würde China boykottieren. Sicherlich hätte dies auch katastrophale Folgen für die westliche Wirtschaft, jedoch wäre China alleine auch nicht überlebensfähig, da ein grosser Teil von Chinas Wohlstand vom Export kommt.

Es findet also eine Verschiebung der Macht statt. Anstelle von militärischer Macht wird nun wirtschaftliche Macht angestrebt.

4.1 Schatten der Zukunft

Der Schatten der Zukunft beschreibt ein Aspekt des Gefangenendilemmas (Abb. 3.2). Der Schatten der Zukunft ist die Wahrscheinlichkeit, mit welcher beide Parteien später wieder aufeinandertreffen könnten. Viele Entscheidungen im Insitutionalismus werden durch Reziprozität getroffen: *Wenn du deine Grenzen für den Handel öffnest, dann mach ich das auch. Aber nur dann.* Je wahrscheinlicher es ist, dass beide Parteien später wieder aufeinander treffen könnten, ergo wieder voneinander profitieren könnten, desto kooperativer verhalten sie sich (denn man will ja den Gegenüber nicht vergraulen und sich somit eventuelle spätere Gewinne durch die Lappen gehen lassen). Wenn der Schatten der Zukunft jedoch klein oder sogar nonexistent ist, so sind beide Parteien wieder ausschliesslich auf das eigene Wohl bedacht und werden eher 'defect' wählen.

Ein wichtiger Aspekt des Schattens der Zukunft sind **internationale Organisationen** (oder Regimes (Kap. 8)) wie die UNO, die WTO oder ähnliches. Solche internationalen Organisationen vergrössern den Schatten der Zukunft enorm.

IOs haben zahlreiche Vorteile für alle Beteiligten:

- Vergrössert Schatten der Zukunft
- Verringert Transaktionskosten
- Verringert Unsicherheit
- Ermöglicht abgesicherte Verpflichtungen
- Informationsaustausch
- Ermöglicht monitoring und Sanktionen falls nötig

4.2 Realismus vs. Institutionalismus

	Realismus	Institutionalismus
Akteure	Staaten	Staaten
Dispositionen	Egoistisch, zweckrat	Egoistisch, zweckrational
Strukturen	Anarchie plus Machtverteilung, Technologie	Anarchie plus internationale Interdependenz & Regime
Strukturwirkungen	Existenzgefährdung, Machtstreben	Sicherheit, Kooperationsanreize
Prozesse	Machtkonkurrenz	Wohlfahrtskonkurrenz
Interaktionsmechanismen	Sicherheitsdilemma, Machtgleichgewicht	Dilemmata kollektiver Güter, Winsets
Überwindung v Dilemmata	Übermacht, Zwang	Iteration, Kontrolle
Handlungskoord	Zwangsmacht	Verhandlungsmacht
Bedingung von Frieden u Koop	Machtkonzentration, Defensivtechnologie	Interdependenz und Institutionen
Dynamik	Hegemoniezyklen	Zivilisierung

Abb. 4.1: Gegenüberstellung von Realismus und Institutionalismus

5 Transnationalismus

“Je dichter und symmetrischer die transnationale Verflechtung im internationalen System ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit von Frieden und Internationaler Kooperation” (Kernhypothese des Transnationalismus)

Der Transnationalismus setzt auf Handel als Strategie zur Sicherung des Friedens und zur Mehrung des internationalen Wohlstandes.

Oberhäupte sind internationale Organisationen oder 'Transnationale Netzwerke' (anstelle von Regierungen). Solche Netzwerke bilden sich hauptsächlich, wenn die internationale Politik keinen Konsens oder keine Lösung findet.

	National	Transnational
Öffentlich	Nationale Bürokratien	Internationale Bürokratien
Privat (eigennützig)	Nationale Unternehmen	Multinationale Unternehmen
Zivilgesellschaftlich (gemeinnützig)	(nationale) NGOs	INGOs

Abb. 5.1: Akteure des Transnationalismus

Im Gegensatz zu bisher besprochenen Bewegungen streben die Akteure des Transnationalismus weder nach Macht (Realismus), noch nach Wohlfahrtsgewinn (Institutionalismus).

Akteure können grundsätzlich an drei Dingen interessiert sein:

- Am Nutzen von anderen → Altruistisch
- Am Nutzen des Kollektivs → Gemeinnützig
- An Ideen und Werten → Idealistisch

Aufgrund der internationalen Vernetzung durch internationale Organisationen werden die Probleme der Unsicherheit und der Anarchie massiv gedämpft.

Transnationale Netzwerke bilden sich vor allem dann, wenn internationale Lösungen gescheitert sind. Man nehme das Beispiel von Ebola in Westafrika: Die WHO (eine internationale Organisation) rief den Notstand viel zu spät aus (→ scheiterte). Die MSG (ein transnationales NGO) griff ein und machte einen Grossteil der zu erledigenden Arbeiten.

	Realismus	Transnationalismus
Akteure	Staaten	Transnationale u transnat handelnde öffentliche, private und zivilgesellschaftliche Akteure
Dispositionen	Egoistisch, zweckrational	Zweckrational (Zweck ist variabel)
Strukturen	Anarchie plus Machtverteilung, Technologie	Anarchie plus transnationale Interdependenz und Netzwerke
Strukturwirkungen	Existenzgefährdung, Machtstreben	Sicherheit, Kooperationsanreize
Prozesse	Machtkonkurrenz	Ressourcentausch
Interaktionsmechanismen	Sicherheitsdilemma, Machtgleichgewicht	Ressourcenmarkt, Netzwerkkonfigurationen
Überwindung v Dilemmata	Übermacht, Zwang	Vertrauen, diffuse Reziprozität
Handlungskoordination	Zwangsmacht	Netzwerkverhandlungsmacht
Bedingung von Frieden u Koop	Machtkonzentration, Defensivtechnologie	Dichte u Symmetrie transnationaler Verflechtung
Dynamik	Hegemoniezyklen	Vergesellschaftung

Abb. 5.2: Realismus vs. Transnationalismus

6 Liberalismus

“Herstellung einer internationalen Friedensordnung (Weltfrieden), einer besseren Welt; Kooperation und Interessenausgleich im Netzwerk internationaler und transnationaler Organisationen” (Ziel des Liberalismus)

Nach Kant müssen für den Weltfrieden drei Bedingungen erfüllt sein:

- Demokratie
- Internationales Recht/Organisationen
- Interdependenz/Gegenseitige Abhängigkeiten von Staaten

Der Liberalismus strebt danach, den Akteur 'Staat' aufzusplitten in innerstaatliche Akteure mit eigenen Zielen und Machtverhältnisse untereinander. Diese 'Subakteure' beeinflussen dann die Kooperationsbereitschaft der einzelnen Staaten.

Der Staat agiert zwar immer noch als ausserpolitisches Handlungsorgan der Gesellschaft, sein Wirken wird jedoch von diesen internen Subakteuren bestimmt.

Aufgrund dessen, dass liberaldemokratische Staaten prinzipiell friedliebend und kooperationsbereit sind, kann gesagt werden dass *je höher die Anzahl liberaldemokratischer Staaten im internationalen System, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit von Frieden und Kooperation.*

Bei Verhandlungen auf internationaler Ebene werden im Liberalismus meist sog. "Two Level Games" gespielt: Der Abgesandte des Staates mag zwar ein Ergebnis der Verhandlung unterschreiben, jedoch muss diese Entscheidung erst noch staats-intern abgesegnet werden (z.B. durch das Parlament oder die Wähler).

	Realismus	Liberalismus
Akteure	Staaten	Staatliche und gesellschaftliche Akteure
Dispositionen	Egoistisch, zweckrat	zweckrational
Strukturen	Anarchie plus Machtverteilung, Technologie	Anarchie plus staatliche und gesellschaftliche Strukturen
Strukturwirkungen	Existenzgefährdung, Machtstreben	Selektion, Externalisierung
Prozesse	Machtkonkurrenz	Zielverfolgung
Interaktionsmechanismen	Sicherheitsdilemma, Machtgleichgewicht	Struktur- und Präferenzkonstellation
Überwindung v Dilemmata	Übermacht, Zwang	Harmonie, Transparenz und kooperative Politikstile
Handlungskoord	Zwangsmacht	Zwei-Ebenen-Verhandlungsmacht
Bedingung von Frieden u Koop	Machtkonzentration, Defensivtechnologie	Demokratie

Abb. 6.1: Realismus vs. Liberalismus

7 Konstruktivismus

“Je grösser die Übereinstimmung der Ideen von internationalen Akteuren und je stärker damit die Gemeinschaft zwischen ihnen ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit von Frieden und internationaler Kooperation”
(Konstruktivismus)

Der Konstruktivismus ist das Gegenstück zu rationalistischen und materiellen Sichtweisen. Die Akteure sind weder an der militärischen noch an der ökonomischen Macht ihres Gegenübers interessiert, sondern basieren ihre Entscheidungen und Handlungen ausschliesslich auf den Normen, Werten und Ideen des Gegenübers. So könnte zum Beispiel ein sehr gewinnbringender Deal zwischen zwei Staaten abgeblasen werden, da sie nicht dieselben Wertvorstellungen haben.

Kooperationen im Konstruktivistischen Umfeld sind meist sehr stabil, da sie auf gemeinsamen Überzeugungen beruhen und schon fast als Freundschaften bezeichnet werden können.

Dem gegenübergestellt sind 'Feindschaften'. Der andere wird als Gegensatz definiert; Jemand, der nicht dieselben Wertvorstellungen hat und somit nicht als Kooperationspartner nicht in Frage kommt.

Das Gefangenendilemma (vgl. 3.2) wird somit mehr oder weniger aus der Welt geschafft, da Freunde stets 'cooperate' wählen werden, während Feinde stets 'defect' wählen. Akteure handeln Sozial, intersubjektiv und normativ:

Sozial: Verhalten und Entscheidungen gemäss der 'Richtigkeit' (sozial angemessen) unabhängig von eventuellen Kosten und erwarteten Nutzen.

Intersubjektiv: Einbeziehung der Verhaltenserwartungen anderer Akteure

Normativ: Verfolgung sozialer und normativer Interessen, die sich endogen herausbilden und durch Interaktionen und kommunikative Prozesse veränderbar sind.

Institutionen im Konstruktivismus haben eine strukturierende Wirkung: Sie lehren die Akteure und beeinflussen somit deren Identität, Präferenzen und Einstellungen.

Zudem haben sie institutionsintern spezielle Normen, Regeln und Verfahren.

Sozialisation

Internationale Sozialisation ist der Prozess, bei dem Akteure dazu gebracht werden, die Ideen und Identität einer internationalen Gemeinschaft zu übernehmen und zu reproduzieren.

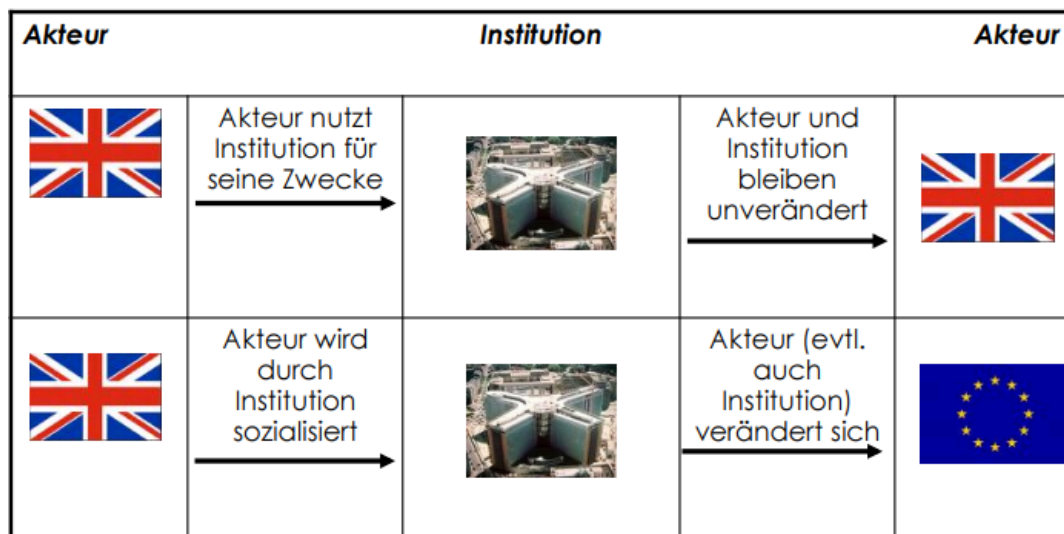


Abb. 7.1: Beispiel von internationaler Sozialisation

	Realismus	Institutionalismus	Transnationalismus	Liberalismus	Konstruktivismus
Akteure	Staaten		Transnationale Akteure	Staatliche und gesellschaftliche Akteure	
Dispositionen	Egoistisch, zweckrational	Zweckrational			Angemessen
Strukturen Anarchie plus ...	Machtverteilung, Technologie	Internationale Interdependenz und Regime	Transnationale Interdependenz und Netzwerke	Staatliche und gesellschaftliche Strukturen	Kultur
Strukturwirkungen	Existenzgefährdung, Machtstreben	Sicherheit, Kooperationsanreize		Selektion, Externalisierung	Konsens/Dissens, Identität
Prozesse	Machtkonkurrenz	Wohlfahrtskonkurrenz	Ressourcenaustausch	Zielverfolgung	Sozialisation
Interaktionsmechanismen	Sicherheitsdilemma, Machtgleichgewicht	Dilemmata kollektiver Güter, Winsets	Ressourcenmarkt, Netzwerkconfiguration	Struktur- und Präferenzkonstellation	Kollektive Identität, Argumentationskonstellation
Überwindung von Dilemmata der Anarchie	Übermacht, Zwang	Iteration, Kontrolle	Vertrauen, diffuse Reziprozität	Harmonie, Transparenz, kooperative Politikstile	Freundschaft
Handlingskoordination	Zwangsmacht	Verhandlungsmacht	Netzwerk-Verhandlungsmacht	Zwei-Ebenen-Verhandlungsmacht	Argumentationsmacht
Bedingungen von Frieden und Kooperation	Machtkonzentration, Defensivtechnologie	Interdependenz, Institutionen	Transnationale Verflechtung	Demokratie	Gemeinschaft
Dynamik	Hegemoniezyklen	Zivilisierung	Vergesellschaftung	Demokratisierung	Gemeinschaftsbildung Systemkonfliktzyklen

Abb. 7.2: Gegenüberstellung der einzelnen behandelten Grosstheorien

Zusammengefasst kann gesagt werden, Entscheidungen in der internationalen Politik werden anhand von 7 Faktoren getroffen:

Macht Ressourcenverteilung, Polarität und Hegemonie

Technologie

Interdependenz Art, Stärke und Symmetrie

Internationale Institutionen Existenz, Stärke

Netzwerke Beteiligte, Dichte und Zentralität

Subsystemische Strukturen Machtverteilung, Institutionen, internationale Kompatibilität

Kultur Ideen, Wertvorstellungen und Identitäten

Dies ist das Ende der Zusammenfassung der Grosstheorien. Von nun an werden die sog. 'Mid-level theories' behandelt

Grosstheorien machen Aussagen über Akteure, Interaktionen und Outcomes von Begegnungen in internationalen Beziehungen. Mid-range oder Mid-Level Theorien sind nicht ganz so abstrakt wie Grosstheorien, sondern befassen sich mit kleineren Phänomenen der internationalen Politik

8 Regime / Internationale Organisationen

“Regimes are sets of implicit or explicit principles, norms, rules and decision-making procedures around which actors’ expectations converge in a given area of international relations” (Krasner 1983)

Krasner beschreibt Regimes also als viergliedrige Struktur:

Principles: Theoretische Aussagen darüber, wie man die Welt versteht

Globale Wohlfahrt wird durch Handel maximiert

Norms: Generelle Verhaltensstandards, Rechte und Pflichten von Mitglieder

Zölle und Handelshemmnisse sollten möglichst reduziert und schlussendlich abgebaut werden

Rules: Mehr oder weniger dasselbe wie Principles, jedoch weniger generell gehalten

z.B. diese Principles gelten nur für Entwicklungsländer

Decision-making procedures: Spezifische Vorschriften, die die Entscheidungsfindung regeln.

Die Stimme von Staaten mit $\geq 10M$ Einwohner zählt doppelt

Eine weitere, oft zitierte Definition eines Regimes kommt von Stein:

“A regime exists when the interaction between the parties is not unconstrained or is not based on independent decision making” (Stein 1982)

Ein bisschen verständlicher erklärt das Wikipedia:

Internationale Regime sind **kooperative Institutionen**, die durch informelle und formelle, rechtliche und nichtverrechtlichte Strukturen gekennzeichnet sind und **Konflikte zwischen Nationalstaaten bearbeiten**. Sie sollen die Transaktionskosten reduzieren und ein **beidseitiges Geben und Nehmen für alle Beteiligten bewirken**. Zwar vertrauen sich die Staaten immer noch nicht, aber durch Kontrollen innerhalb der Regime soll dem entgegenzuwirken versucht werden. (Wikipedia)

Ein Beispiel eines internationalen Regimes ist z.B. die UNO oder die WTO. Sie sind Staaten-unabhängige Instanzen, die als Mediator agieren können. Durch Regimes kann auch die Effizienz erhöht werden. Man nehme das Beispiel der bilateralen Verträge der Schweiz. Es wäre ein enormer Aufwand für die Schweiz sicherzustellen, dass alle Vertragsklauseln eingehalten werden. Stattdessen übernimmt dies eine unabhängige Instanz (\rightarrow Regime).

Regimes werden oft zur Streitschlichtung beigezogen, da sie unabhängig und zentral sind. Keiner der beiden Parteien hat einen unfairen Vorteil gegenüber der anderen Partei.

8.1 Gründe

Zentralisierung

Internationale Organisationen bieten eine stabile Organisationsstruktur mit einer eigenen Bürokratie, die gemeinschaftlich Aktivitäten unternimmt. Die innerstaatliche Bürokratie der einzelnen Delegierten wird (idealerweise) an der Tür zurückgelassen

Vorteile

- Klar definierte Entscheidungsstrukturen → Schnelle Entscheidungen
- Stabiles/spezialisiertes Forum für wiederholte Verhandlungen

→ Bessere zwischenstaatliche Interaktion → effizientere internationale Zusammenarbeit.

- Pooling von Aktivitäten, Ressourcen und Risiken
- Gemeinsame "Produkte" und Projekte
- Schaffung von Prozeduren für die konkrete Ausarbeitung Normen, Regeln und Standards

→ Übernahme von gemeinsamen Aufgaben und Aktivitäten → Bessere zwischenstaatliche Interaktion.

Unabhängigkeit

Innerhalb eines klar definierten Rahmens kann und darf eine Internationale Organisation autonom (unabhängig) handeln

Vorteile

- Legitimes Handeln durch unabhängige Organisation
- Neutralität als Informationsbeschaffer, Verteiler, Treuhänder und Schiedsrichter

→ Effizienteres Handeln / Bessere Interaktion untereinander

8.2 Staaten < – > Internationale Organisationen

Es gibt gewisse Mechanismen, wie sich Staaten und IOs gegenseitig beeinflussen können.

8.2.1 Two-Level games vs. Locking-In

Two-Level Games

Das two-level game ist eine beliebte Strategie von Delegierten bei Verhandlungen: Der Delegierte stimmt dem Ergebnis zu, merkt aber an, dass es nicht rechtskräftig ist, bis es durch die heimische Regierung gegangen und akzeptiert wurde (z.B. Parlament, Stimmvolk etc.). So kann das Ergebnis zwar angenommen werden, jedoch ist es trotzdem nicht ganz angenommen.

Locking-in

Beim Locking-In verhält es sich genau andersherum. Ein Delegierter (oder das Staatsoberhaupt) kommt zurück in die Heimat mit einem Beschluss, den er bereits als rechtskräftig durchsetzt mit der Begründung, dass das so in der Versammlung der IO beschlossen wurde und dieser Staat somit diesem Beschluss 'Folge leisten müsse'.

Beide diese Technologien funktionieren jedoch nur dank der Zentralisierung der IOs (Two-Level-Games) und deren Unabhängigkeit (Locking-In)

9 Analyse von politischen Events

Bei der Analyse von politischen Handlungen müssen immer mind. drei Dinge geklärt werden:

Interessen: Was wollen die Akteure?

Interaktionen: Warum können sie es nicht bekommen?

Institutionen: Spielen Regeln eine Rolle für die Weltpolitik?

9.1 Interessen

Interessen können in drei Hauptkategorien fallen:

- Macht/Sicherheit → Realismus
- Ökonomische/materielle Wohlfahrt → Institutionalismus
- Ideologische Ziele wie z.B. religiöse → Konstruktivismus

9.2 Interaktionen

Die Interaktion beschreibt, wie die Entscheidungen der einzelnen Akteure sich beeinflussen und miteinander interagieren und somit ein Resultat oder ein politisches Outcome erzeugen.

Die Entscheidungen der einzelnen Akteure hängt von ihrer ihren Strategien ab. Diese Strategien hängen wiederum von den Strategien der anderen Akteure ab.

Die Strategie ist ein Plan, sich so gut wie möglich zu positionieren, gegeben die Erwartungen bezüglich des Verhaltens und der Strategien anderer.

Es gibt zwei Hauptkategorien von Interaktionen:

Kooperation: Win - win Situation. Beide Akteure gewinnen

Verhandlung: Win - Lose Situation. Ein Akteur gewinnt die Verhandlung und steht letzten Endes besser da als der andere

Ob es zur Kooperation kommt, hängt meist von der Grösse und Macht der Akteure ab. Ebenfalls kommt es darauf, wer welche Informationen besitzt.

Kooperationen werden durch Institutionen beeinflusst, indem sie zum Beispiel sicherstellen, dass alle Parteien nach den Regeln spielen, Streite zwischen den Parteien schlichten und gewisse Verhaltensstandards sicherstellen.

10 Internationale Politische Ökonomie

“Die Internationale Politische Ökonomie (IPÖ) untersucht die Wechselwirkung zwischen der (internationalen) Wirtschaft und der nationalen und internationalen Politik.” (Definition von IPÖ)

Die IPÖ befasst sich hauptsächlich mit folgenden Themengebieten:

- Internationalen Handel und Produktion
- Internationale Geld- und Finanzbeziehungen
- Internationale Zusammenarbeit in der Wirtschaftspolitik
- Weitere globale Phänomene, wie z.B. die Umwelt oder die Migration

10.1 Vorteile von internationalem Handel

Internationaler Handel hat einige Vorteile wie zum Beispiel:

- Mehr Auswahl, Effizienz und niedrigere Preise durch vermehrter Wettbewerb.
- Steigerung des nationalen und globalen Wohlstands (da jeder mit jedem handelt)
- Grössere Wahrscheinlichkeit von Frieden (sog. 'Freihändlerischer Frieden' → 'Wenn wir im Krieg sind können wir nicht mehr mit ihnen handeln')
- Schnellere Verbreitung von Technologie (→ Steigerung der Produktivität und wirtschaftlicher Entwicklung)

10.2 Absoluter Vorteil vs. Komparativer Vorteil

Absoluter Vorteil

Es wird von absolutem Vorteil über eine Ware gesprochen, wenn ein Land diese Ware billiger/mit weniger Ressourcen herstellen kann als alle anderen.

Komparativer Vorteil

Der Komparative Vorteil ist eine Weiterentwicklung des absoluten Vorteils. Er besagt, dass Handel zwischen zwei Ländern auch vorteilhaft sein kann, wenn eines der beiden Länder den absoluten Vorteil über alle gehandelten Güter hat.

Ein Beispiel des komparativen Handels geklaut von Wikipedia:

Nachbar A und Nachbar B müssen beide Gartenarbeit machen. Nachbar B ist zwar in allen Belangen besser als Nachbar A (zumindest was Gartenarbeit anbelangt). Jedoch können beide Parteien trotzdem noch Handel treiben, der für beide gewinnbringend ist.

Tätigkeit	Nachbar A	Nachbar B
Rasenmähen	6h	3h
Hecke Schneiden	8h	2h
Benötigte Zeit	14h	5h

Nachbar A benötigt also 14h um seine Gartenarbeit zu erledigen, Nachbar B nur 5h. Obwohl Nachbar A in keiner der Gartenarbeit 'gut' ist (den absoluten Vorteil hat), so ist er trotzdem besser im Rasenmähen als im Hecken schneiden.

Tätigkeit	Nachbar A	Nachbar B
Rasenmähen	12h	-
Hecke Schneiden	-	4h
Eingesparte Zeit	2h	1h

Wenn sich die beiden Nachbarn nun absprechen (Handel betreiben) und Nachbar A die Arbeit übernimmt, die er ein bisschen besser kann (Rasen mähen) und Nachbar B die Andere, so können trotzdem beide Parteien Gewinn daraus schlagen.

10.3 Heckscher-Ohnlin Theorem

Das Heckscher-Ohnlin Theorem befasst sich mit der Frage, welches der hergestellten Güter ein Land exportieren/handeln wird, wenn es nirgends einen absoluten Vorteil hat.

Das Theorem besagt, dass das Land die Güter exportieren wird, die es vergleichsweise am billigsten herstellen kann. "Billig" heisst in dem Fall, dass die Herstellung des Gutes hauptsächlich Ressourcen benötigt, die im Land reichlich vorhanden sind.

Dafür wird das Land diese Güter importieren, deren Herstellung hauptsächlich Ressourcen benötigt, die das Land nicht reichlich vorhanden sind.

'Ressourcen' sind in diesem Fall entweder Kapital oder Arbeit. Das heisst also, dass ein Land, das viel Kapital hat Güter die viel Arbeit bei der Herstellung benötigen importieren wird und dafür Güter, die teuer sind in der Herstellung exportieren. Bei einem Land, das viele Arbeitskräfte, jedoch wenig Geld hat wird es genau umgekehrt sein.

10.4 Stolper-Samuelson Theorem

Das Stolper-Samuelson Theorem besagt, dass nach der Verteuerung eines Gutes die Entlohnung desjenigen Produktionsfaktors steigt, der am Meisten benötigt wird in der Produktion des Gutes.

10.5 Protektionismus

Protektionismus beschreibt die staatliche Intervention zum Schutz der eigenen Wirtschaft z.B. durch das künstliche Erhöhen der Importzölle um Importe niedrig zu halten.

11 Aussenpolitikanalyse

“Aussenpolitikanalyse ist die Analyse der Aussenpolitik eines Staates oder von internationalen Akteure. Man versucht zu erklären, wie es zu dieser Wahl durch die an der Entscheidung beteiligten Agenten gekommen ist” (Scientific study of decision making)

Oder noch auf Englisch:

“State action is the action taken by those acting in the name of the state. Hence, the state and its decision-makers” (Snyder, Bruch, Sapin)

Das Forschungsfeld der Aussenpolitikanalyse arbeitet eng mit den kognitiven und sozialpsychologischen Theorien zusammen und fokussiert sich hauptsächlich auf das menschliche Entscheidungsverhalten (meist auch unter Stress). Aufgrund der vielen verschiedenen Ebenen ist dieses Feld hochkomplex.

11.1 Geschichte

Die Aussenpolitikanalyse entstand ursprünglich aus Diplomatie-Historikern und politischen Biografen. Der Antrieb war zu verstehen, weshalb diese Menschen damals diese Entscheidung getroffen haben. Denn von aussen schien der Prozess der Entscheidungsfindung so speziell, dass es nicht möglich war, Vergleiche zwischen verschiedenen Staatsoberhäuptern anzustellen.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde der psychologische Aspekt des Forschungsfeldes in den Hintergrund gerückt und man hat sich mehr auf die rationalen strategischen Studien der getroffenen Entscheidungen konzentriert.

Einige Jahrzehnte später, während des kalten Krieges war es jedoch genau umgekehrt: Man hat sich sehr dafür interessiert, was in den Köpfen der Mächtigen vorging; der Forschungsfokus fiel zunehmend auf die Persönlichkeit und die psychologische Charakterzüge der Regierungschef. Vor allem interessant war es, ob sich das beobachtete Entscheidungsverhalten in Krisensituationen verändern würde.

11.2 Vergleich verschiedener Akteure

BAUSTEIN	RATIONAL ACTOR MODEL
Akteur	Staaten (repräsentiert durch „Staatsmänner“) als handeln als <i>unitary actors</i> rationalistisch (= nutzenmaximierende Option wird ausgewählt).
Struktur	<u>Staatliche Ebene</u> : Hierarchie <u>Internationale Ebene</u> : (externes) Problem: „Threats and opportunities in the „international strategic market place“ move the nation to act.“ (Allison 1969: 694).
Prozess	<u>Staatliche Ebene</u> : Kosten-Nutzen-Kalkulation <u>Internationale Ebene</u> : Rationale Interaktion zwischen Staaten; Abschreckung.
Dynamik	Stabiles nukleares Gleichgewicht reduziert Wahrscheinlichkeit eines Einsatzes von Atomwaffen. Stabiles nukleares Gleichgewicht reduziert Wahrscheinlichkeit begrenzter kriegesischer Auseinandersetzungen.

Abb. 11.1: Verhalten von Rationalen Akteuren

BAUSTEIN	ORGANIZATIONAL BEHAVIOR MODEL
Akteur	Regierungen als „conglomerate of semi-feudal, loosely allied organizations, each with a substantial life of its own.“; „organizational actors“; „Kirchturms-Denken“ der einzelnen Teilorganisationen
Struktur	Fragmentierte Machtstruktur
Prozess	„Information processing“; Routine-Verfahren, Programme (<i>Standard Operating Procedures</i>); „Policy as organizational output“
Dynamik	Grundsätzlich: $t = t-1$; aber: Lernfähigkeit; inkrementeller Wandel

Abb. 11.2: Verhalten von Organisationen

BAUSTEIN	GOVERNMENTAL/BUREAUCRATIC POLITICS
Akteur	Gruppe von Entscheidungsträgern; Rollen („where you stand depends upon where you sit“); nutzenmaximierendes Verhalten der einzelnen Einheiten
Struktur	Gewaltenverschränkung, -teilung; iterative intragouvernementale Verhandlungsstruktur; <i>action channels</i>
Prozess	<i>Bargaining; pulling and hauling that is politics; policy as political outcome</i> ; Kompromisse; Koalitionsbildung
Dynamik	Interne Machtkämpfe; instabile Outputs

Abb. 11.3: Verhalten von Regierungen

11.3 Gründe suboptimaler Entscheidungen

- Sich auf kurzfristige Erfolge konzentrieren und damit verbundene langfristige Probleme ausser Acht lassen
- Sich auf einen Lösungsvorschlag versteifen
- Wunschdenken
- Nachträgliche Rechtfertigung
- Zu fest auf die Vergangenheit vertrauen
- Überschätzung seiner selbst und/oder Unterschätzung des Gegenübers
- Kritische Informationen ignorieren; Leugnung und Ausweichen
- Sich nur auf ein Teilproblem konzentrieren
- Machtspiele
- Mangelndes Verständnis vorheriger Entscheidungen
- Vorschnelle Entscheidungen
- Gruppen-Extremismus (Verschiedene Gruppen schaukeln sich gegenseitig auf und enden mit einer viel extremeren Variante als nötig)

Ein weiterer, nicht zu unterschätzender Faktor ist das sog. 'Group-Think', was mehr oder weniger ein fancy Wort für 'Gruppendruck' ist.

Janis beschreibt Group-Think als 'Kollektive Tendenz von Mitgliedern in kleineren Gremien, sich der Mehrheitsmeinung anzuschliessen' Dies führt zu suboptimalen Entscheidungen. Das wohl verheerendste und bekannteste Beispiel dafür ist der Vietnam-Krieg, den die Amerikaner begonnen haben. Der Gegner wurde massiv unterschätzt, während man sich unverwundbar wähnte.

11.4 Instrumente der Aussenpolitik

- Wirtschaft und Handel
- Einwanderung
- Sanktionen
- Inneres Militärbudget
- Humanitäre Hilfe
- Ausländische Militäraufgebote (→ USA in Afghanistan)

12 Krieg

12.1 Definition

Krieg ist eines der ältesten Phänomene der Menschheit (vermutlich noch älter als Prostitution). Doch was genau wird als 'Krieg' definiert?

“Der Krieg ist eine blosser Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln” (General Carl von Clausewitz, 1832)

“A war is an event involving the organized use of military force by at least two parties that satisfies some minimum threshold of severity” (Frieden et al, 2013)

“War is hell” (U.S. Civil War general)

Etwas formeller ausgedrückt:

“Combat between military contingents involving substantial casualties (with the criterion being a minimum of 1'000 battle deaths)” (Sarkees et al, 2003)

“A contested incompatibility that concern government or territory or both, where the use of armed force between two parties result in at least 25 battle-related deaths in a calendar year” (Pettersson, Wallensteen, 2015)

Also in etwa zwischen 25 und 1'000 Todesopfern...

12.2 Arten von Krieg

Es wird zwischen verschiedenen Kriegsorten unterschieden:

Extreastaatliche Konflikte: Zwischen der Regierung eines unabhängigen Staates und einem abhängigen Territorium ausserhalb des eigenen Staatsgebietes
USA in Afghanistan

Innerstaatliche Konflikte: Zwischen der Regierung und mind. einer nichtstaatlichen Gruppierung - Bürgerkrieg
American Civil War

Internationalisierte innerstaatliche Konflikte: Bürgerkriege mit Truppenbeteiligung ausländischer Konfliktparteien
Syrien-Krieg

Zwischenstaatliche Konflikte: Zwischen zwei oder mehr Staaten
Zweiter Weltkrieg

12.3 Warum Krieg?

“War is an extremely costly way for states to settle their disputes. Given the human and material costs of military conflict, why do states sometimes wage war rather than resolving their disputes through negotiations?” (Frieden et al, 2012)

Nach dem Neorealismus ist der Krieg eine natürliche Folge der Anarchie, die im internationalen Raum herrscht. Ganz nach dem Motto: "Der Mensch ist von Natur aus gewalttätig. Wenn es keine höhere Instanz gibt, die den Menschen verbietet sich gegenseitig die Köpfe einzuschlagen, dann werden sie genau das tun"

Konkreter gesagt entsteht Krieg laut dem Neorealismus aufgrund folgender Punkte:

- Unzufriedene Staaten sehen Krieg als einfachstes und effizientestes Mittel, um ihre Ziele in einem anarchischen Setting durchzusetzen
- Das Sicherheitsdilemma: Alle Staaten halten stur an ihrer Sicherheitspolitik fest. Dies führt zu Instabilität, was wiederum zu Krieg führt. Eigentlich ziemlich paradox wenn man es bedenkt
- Staaten führen Krieg als präventive Massnahme, um anderen Staaten zuvorzukommen, bevor diese entweder zu stark werden oder um zu verhindern, dass sie überrascht werden.

12.3.1 Worüber bekriegen sich Staaten?

Um zu verstehen, weshalb Krieg entsteht, muss verstanden werden, was Staaten denn überhaupt wollen, wenn sie einander die Köpfe einschlagen.

Grundsätzlich gibt es drei Gründe einen Krieg zu führen:

- Territorium
 - Ökonomischer Nutzen des Landes
 - Militärischer und Strategischer Nutzen des Landes
 - Ethnische, kulturelle oder religiöse Bedeutung.
- Policies
 - Sicherheit (z.B. Afghanistan)
 - Werte und Überzeugungen (z.B. Kosovo)
- Staatsform/Regime
 - z.B. Vietnam

12.3.2 Weshalb bekriegen sich Staaten?

Auch dieses Thema lässt sich recht einfach auf drei Hauptgründe zusammenfassen:

- Private Informationen / Anreize falsche Tatsachen vorzuspielen
- Mangel an Verbindlichkeit
- Unteilbarkeit von Gütern

Private Informationen

Informationen, die optimalerweise nur der Staat selbst haben sollte, sind zum Beispiel die Stärke des eigenen Militärs oder dessen Technologie. Aber auch, wie weit dieser Staat willens ist zu gehen, um seine Interessen durchzusetzen. Solche Informationen nennt man "Private Informationen"

Diese privaten Informationen könnten theoretisch 'ausversehen' in falsche Hände geraten, beispielsweise in diese des Gegners... Wieso würde ein Staat so etwas wollen?

Entweder dieser Staat will dem Gegenüber vorgaukeln, er sei stärker (oder schwächer), um ihn zu einem vorteilhaften Schritt zu bewegen

Bei einem solchen Spiel gibt es jedoch bald einmal das Problem, dass niemand mehr weiss, wer wann blufft und wann es Ernst gilt. In dem Falle gilt: Ultimaten setzen. Setzt ein Staat eine Rote Linie oder ein Ultimatum 'Bis hier und nicht weiter, sonst gibts Konsequenzen', dann kann man prinzipiell mal davon ausgehen, dass das vermutlich nicht nur zum Spass ist. Man kann es aber natürlich auch mit der 'Geschwistertaktik' machen, in dem man den Gegenüber gezielt provoziert und den Konflikt eskaliert in der Hoffnung, dass der Gegner zuerst einlenkt. Das kann aber auch nach hinten losgehen. Schlussendlich hat man immer noch den schnöden Mammon und kann sich seine Sicherheit erkaufen, in dem man die militärischen Kapazitäten ausbaut.

Mangel an Verbindlichkeit

Was am Verhandlungstisch besprochen wird, ist zwar schön und gut, aber kann dem auch vertraut werden? Schliesslich werden in Verhandlungen Dinge verhandelt, die die spätere Verhandlungsposition entscheidend verändern könnte.

Ein weiterer Grund dafür, einen Krieg zu beginnen ist es, dem Gegenüber zuvorzukommen, so dass man den Vorteil hat. Oder man will den Konflikt gewalttätig lösen, bevor sich die Machtverhältnisse ungünstig verschieben aufgrund eines externen Faktors (z.B. Wirtschaft)

Unteilbarkeit von Gütern

Dies ist ziemlich selbsterklärend. Wenn beide Parteien etwas wollen, wo kein Kompromiss eingegangen werden kann. Was auch immer eure Eltern euch in der Kindheit gesagt haben, es kann nicht *alles* geteilt werden (Abb. 12.1).

Eine Kombination aller dieser Gründe ist also der Grund wieso Staaten trotz den enorm hohen Kosten immer noch Krieg führen. Dies wird sich vermutlich in absehbarer Zeit nicht ändern.



Abb. 12.1: Nicht alle Güter können geteilt werden

12.3.3 Wie kann Krieg verhindert werden?

Krieg kann nicht verhindert werden. Jedoch kann die Kriegswahrscheinlichkeit gesenkt werden, indem man die oben genannten Gründe nichtig macht:

Verringerung der Privaten Informationen: z.B. durch gemeinsame Militärübungen

Verringerung der Angst von Verrat: z.B. durch Sicherstellung und Durchsetzung von Abkommen (z.B. durch IOs und Regimes)

Unteilbare Güter aufteilen: z.B. Gemeinsame Kontrolle eines Gebietes

Grundsätzlich kann gesagt werden: Je ausgeglichener die Machtverteilung der Staaten ist, desto geringer ist die Kriegswahrscheinlichkeit.

Eine andere Theorie postuliert jedoch genau das Gegenteil: Je höher die Machtkonzentration im internationalen System (→ Hegemonie), desto geringer ist die Kriegswahrscheinlichkeit.

Worin sich jedoch beide Theorien einig sind ist, dass die Kriegswahrscheinlichkeit gering ist, solange ein stabiles Machtverhältnis besteht, möge dies nun ausgeglichen sein oder nicht. Sobald sich die Staaten in einem Machtwechsel befinden, steigt die Kriegswahrscheinlichkeit enorm.

13 Demokratischer Frieden

Demokratische Staaten führen keinen Krieg miteinander. Daraus kann gefolgert werden, dass die Anzahl Kriege abnimmt, je mehr Staaten demokratisch werden. Demokratien sind nicht zwingend friedliebender als andere Systeme, aber sie lösen ihre Konflikte nicht mit Krieg.

Nun stellt sich aber die Frage: Was ist Demokratie? Und was ist Krieg (Kap. 12)?

13.1 Demokratie

Per Definition ist eine Demokratie ein politisches System, das sich durch die Existenz freier und allgemeiner Wahlen auszeichnet. Zusätzlich wird die gewählte Regierung durch das Stimmvolk eingeschränkt, so dass die Bürger in wichtigen Dingen stets das letzte Wort haben.

13.1.1 Erkenntnisse im Kontext des Demokratischen Friedens

- Demokratien führen keine Kriege gegen andere Demokratien
- Demokratien führen Kriege gegen Nicht-Demokratien

- Demokratien gewinnen einen überproportionalen Anteil der Kriege die sie führen
- Wenn Konflikte entstehen, entscheiden sich demokratische Staatenpaare für friedlichere Konfliktlösungsmechanismen als andere Staaten-Paarungen
- In von Demokratien initiierten Kriegen ist die Anzahl von Kriegstoten geringern und die Kriege kürzer als in von Autokratien initiierten Kriegen.
- Demokratisierende Staaten führen eher gegeneinander Krieg als etablierte Demokratien.
- Kleinere Demokratien führen eher Krieg als grössere Demokratien.

Diese geringere Kriegswahrscheinlichkeit zwischen Demokratischen Staaten lässt sich mit drei Hauptpunkten erklären:

1. Gemeinsame Interessen
2. Innerstaatliche Institutionen
3. Normen und politische Kultur

13.1.2 Gemeinsame Interessen

Die Demokratie ist nicht zwingend der Grund für das verminderte Kriegsrisiko, sondern die gemeinsamen Interessen, die damit einhergehen. Die Staaten sind nicht friedlich weil wegen deshalb, sondern sie haben höhere Ziele im Blick. Dies könnten ökonomische Interessen (→ Institutionalismus), oder die gemeinsame Mitgliedschaft in internationalen Organisationen.

13.2 Innerstaatliche Institutionen

Innerstaatliche Institutionen erhöhen die Transparenz des Staates, sowohl gegen innen wie auch gegen aussen. Sie zeigen den Kriegswillen eines Staates und die Kosten, die er bereit ist dafür zu bezahlen (→ resolve).

Wenn nun ein demokratischer Staat tatsächlich einem anderen Staat den Krieg erklären wollen würde, so wäre dies ein enormer bürokratischer Aufwand. Die Mehrheit der Regierung oder des Parlaments müsste dem zustimmen. Das könnte durchaus eine Weile dauern.

Drohungen sind informativer für die gegnerische Partei, da sie kostspielig sind für den der sie ausgestossen hat. Er könnte seine politische Macht verlieren, falls er die Konsequenzen nicht durchzieht.

Schlussendlich ist ein Krieg ein wahlkampfmässiger Albtraum für einen Präsidenten. Verliert er den Krieg, kann er eine allfällige Wiederwahl sowieso vergessen. Deshalb werden Kriege nur dann angefangen, wenn sie auch erfolgreich zu Ende gebracht werden können.

13.3 Normen und politische Kultur

Demokratien sind tendenziell stärker von einer Kultur der friedlichen Streitbeilegung und des begrenzten politischen Wettbewerbs geprägt. Dies hat auch einen Einfluss darauf, wie man sich auf internationalem Parkett bewegt.

Alle obengenannten Gründe erklären jedoch nur, wieso Demokratien keinen Krieg untereinander führen. Es wird jedoch nicht erklärt, wieso Demokratien immer noch Krieg gegen Autokratien führen.

14 Global Governance

“Global Governance ist keine Weltregierung sondern ein internationaler Rahmen von Prinzipien, Regeln und Gesetzen inklusive einer Reihe von Institutionen um diese aufrechterhalten, die notwendig sind, um globale Probleme zu bewältigen”
(Centre for the Study of Global Governance)

14.1 Akteure

- Nationalstaaten
- Internationale Organisationen
- Multinationale Unternehmen
- Globale Zivilgesellschaft (z.B. Amnesty International)

15 Internationale Umweltpolitik

“Environmental problems are those impacts on the natural environment of human activities that some significant set of people view as negative and that have either a transboundary or international commons aspect” (Mitchell, 2011)

15.1 Unterscheidung von Umweltproblemen

- Fehlende Kapazitäten:
Dem Verursacher fehlt die Kapazität, um die notwendigen Massnahmen zu ergreifen.
Akteure haben Interesse an Lösung, es fehlen aber die Mittel dazu

Lösung: Mittel aus anderen Ländern importieren
- Die Verursacher und Betroffenen des Problems sind nicht dieselben
Die Betroffenen wollen eine Lösung, die Verursacher nicht
Lösung: Druck, Zahlungen
- Allmendeproblematik
Alle Akteure sind gleichzeitig Verursacher und Betroffene
Es wäre für alle von Vorteil, das Problem zu lösen. Jedoch sind auch alle Verursacher und müssen gewisse Gewohnheiten ändern. Somit ist es einfacher, sich gegen die Lösung zu sträuben.
Lösung: Tit-for-Tat. Häufig durch IOs unterstützt.

15.2 Ozonloch als Beispiel einer Allmendeproblematik

Bereits 1974 wurde entdeckt, dass gewisse Chemische Stoffe die Ozonschicht der Erde bedrohen. Ein Problem das alle betrifft.

Dieser Chemische Stoff wurde aber hauptsächlich bei der Herstellung von Kühlschränken, Schaumstoffen und Sprühdosen verwendet. Dies machte alle zu Verursachern. Man müsste neue, teurere Kühlschränke kaufen → Es wurde nichts unternommen.

10 Jahre später, in 1985 wird schliesslich das Ozonloch über der Antarktis entdeckt. Im selben Jahr wird noch das Wiener Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht unterzeichnet

(→ Internationale Organisation). Es wird jedoch immer noch nichts unternommen. Das kommt erst weitere vier Jahre später, als 1989 das Montrealer Protokoll unterschrieben wird, das die Verwendung dieser Chemikalien verbietet.

Die Industrien, die das Chemikal verwenden (Verursacher) haben grundsätzlich nichts gegen ein Verbot. Denn das Chemikal ist nur ein kleiner Bestandteil des Prozesses und kann einfach ersetzt werden.

Die Endbenutzer und deren Regierungen haben ein grösseres Problem damit, denn sie fürchten, was die Langzeiteffekte dieses Entscheides sein könnten. Schlussendlich einigt man sich jedoch und es wird zuerst das Wiener Abkommen und anschliessend das Montrealer Protokoll unterschrieben.

Jedoch unterzeichnen nur Erstweltländer das Montrealer Protokoll. Um das Ozonloch nachhaltig zu schliessen, müssen auch Entwicklungsländer und Schwellenländer mitmachen. Dies benötigt Kompensation, was wieder Geld kostet.

15.3 Internationale Organisationen im Bereich des Klimawandels

IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change)

- Betreiben selbst keine Klimaforschung, sind aber der Manager eines grossen Wissenschafts-Netzwerkes.
- Sammeln und beurteilen die wissenschaftlichen Funde und erarbeiten Policy-Changes um dem entgegenzuwirken.

UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change)

- Brachte Mitgliedsstaaten dazu, klimaschützend zu handeln, obwohl dazumals noch kein Wissenschaftlicher Beweis für den Klimawandel erbracht wurde.
- Ziel: Stabilisation der Treibhausgas-Konzentration in der Atmosphäre zu einem Level, bei der das Klima nicht gefährdet ist.
- Erarbeitet das legale Rahmensystem für weitere Aktionen für den Klimaschutz und setzt übergeordnete Ziele

